

## Sozialpolitik

Eine **gerechte und ausreichende Kinderbetreuung** und Bildungsmöglichkeit für alle Kinder müssen oberste Priorität haben.



- Dabei muss insbesondere der Bereich der frühkindlichen Bildung mit einbezogen werden. Wir brauchen dringend kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal, um dem öffentlichen Auftrag gerecht zu werden.
- Der weitere Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren sowie eine am Bedarf ausgerichtete Versorgung mit Betreuungsplätzen für Schulkinder muss gerecht und sozial verträglich gestaltet werden. Dies bedeutet, die Beiträge so zu staffeln, dass sie für jede Familie bezahlbar sind.
- Gruppenstärke und Fachpersonal pro Gruppe ist so zu gestalten, dass eine qualitativ gute pädagogische Arbeit in allen Einrichtungen möglich ist. Wir setzen uns für eine 100%-Betreuungsabdeckung ein.

Für jede Einrichtung, die von der Kommune finanziert wird, muss es auch eine öffentliche Mitsprache geben.

## Bürgerbeteiligung

Eine engagierte Bürgerbeteiligung mit vielen BürgerInnen ist wichtig für die Identifizierung eines jeden von uns mit unserer Stadt. Dabei kann die Stadt in folgenden Bereichen die **Rahmenbedingungen schaffen** und unterstützend tätig sein:

- Einführung eines Jugendparlaments,
- Unterstützung des Ausländerbeirats,
- Erstellung eines Bürgerhaushalts, siehe <http://www.buergerhaushalt.org/>
- Bürgerentscheide bei wichtigen Projekten,
- Einführung eines Seniorenbeirats,
- Einführung eines Behindertenbeirats,
- Agendagruppen zu allen wichtigen Bereichen des Zusammenlebens.

## Öffentliche Sicherheit

Der Wunsch der BürgerInnen nach Sicherheit in Bad Soden ist verständlich. Wir GRÜNE wenden uns aber gegen blinden Aktionismus gegen Jugendliche, der oftmals in Ausgrenzung und Verletzung von Persönlichkeitsrechten mündet. Stattdessen setzen wir auf Prävention und vorausschauende Konzepte, zum Beispiel bei der Stadtplanung.

Sicherheit und Überwachung sind nicht zwangsläufig gekoppelt. Der öffentliche Raum muss allen Mitgliedern der Stadtgesellschaft offen stehen und bedarf nicht der Ausgrenzung einzelner Personen oder Gruppen. Menschen in schwierigen Lebenssituationen brauchen **Hilfsangebote, nicht Ordnungsmaßnahmen**.

## Kultur

Kultur prägt unsere Stadt und ist für Bad Soden ein wichtiger Standortfaktor.



Sie bedeutet Lebendigkeit und Offenheit und trägt zur Attraktivität und Lebensqualität bei. Es besteht ein gutes, städtisches Kulturangebot, das von BewohnerInnen und Gästen angenommen wird. Wir fordern darüber hinaus ein **Kulturkonzept für Bad Soden**, das auf einer Bestandsaufnahme der heutigen Kulturszene in Bad Soden basiert und neue Funktionen erfüllt.

## Kontakt

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
c/o Waltraud Krebsbach-Hess  
Unterer Schellberg 23  
65812 Bad Soden  
Tel. 06196 641831  
[W.Krebsbach-Hess@gruene-bad-soden.de](mailto:W.Krebsbach-Hess@gruene-bad-soden.de)  
[www.gruene-bad-soden.de](http://www.gruene-bad-soden.de)

# GRÜNE FÜR BAD SODEN

## Unser Wahlprogramm

# KOMMUNALWAHL 2011



[www.Gruene-Bad-Soden.de](http://www.Gruene-Bad-Soden.de)

## Baupolitik

Unser Handeln darf nicht uns oder die nächsten Generationen gefährden. Im Gegensatz dazu ignoriert die Ausweisung immer neuer Baugebiete den zusätzlichen Autoverkehr, die dort fehlende Sozialstruktur und die Beeinträchtigung unserer Lebensqualität.

Wir wollen deshalb

- zur Beendigung der bisherigen „Bauwut“ ein nachhaltiges Baumanagement, eine zukunftsorientierte Stadtplanung und eine effiziente Kostenkontrolle,
- energieeffizientes Bauen und klimafreundliche, effektive Energienutzung,
- die Verringerung von Abwasser und Müll,
- keine Ausweisung neuer Baugebiete: Erhaltung von Freiflächen.

## Verkehrspolitik

Wir wollen **Alternativen zum Autoverkehr** fördern durch

- eine optimale Anbindung aller Ortsteile durch den Busverkehr an den S-Bahnhof,
- mehr Sicherheit und Raum für FußgängerInnen und RadfahrerInnen,
- Reduzierung und Vermeidung von Lärm und Abgasen,
- Ausbau des Radwegenetzes,
- Einführung einer Umweltzone,
- ausreichend breite Gehwege für Kinderwagen und Rollstühle.



## Unser Team v.l.n.r.

Doris Herrmann, Pascal Brause, Isabell Reuter, Norbert Schmunk, Kai Fischer, Dr. Annelie Koschella, Waltraud Krebsbach-Hess, Harald Fischer, Kornelia Girsig, Dr. Rüdiger Brause, Irmi Stapf, Wolfgang Sietzy, Jörg Ellminger, Uta Fischer.

## Finanzpolitik

Wir stehen für eine **sparsame und sinnvolle Verwendung der Steuergelder**: Was kosten die Serviceleistungen der Stadt und was kosten diese Leistungen in anderen, vergleichbaren Orten? Ein ausgeglichener Haushalt ist Voraussetzung für einen langfristigen Abbau der über 30 Mio. € Schulden: Hier muss die CDU noch lernen.

- Alle Anschaffungen und Baumaßnahmen dürfen nicht allein nach dem Kaufpreis („Das können wir uns heute leisten“), sondern müssen auch nach den Folgekosten beurteilt werden.
- Investitionen dürfen über Kredite nur dann abgewickelt werden, wenn sie gesetzlich verpflichtend sind (Abwasserleitungen, Wasserversorgung, notwendige Sanierungen zur Werterhaltung).
- Wir stehen für eine sparsame und sinnvolle Verwendung der Steuergelder. Gewohnheitsrechte müssen kritisch überprüft werden.

## Genderpolitik

Im Rahmen des Gender Mainstreamings werden konsequent alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen daran gemessen, ob sie zu **mehr Gleichberechtigung** und damit zu mehr Demokratie führen.

- Grundsätzlich muss jeder Verwaltungsvorgang und jede politische Entscheidung in Bad Soden auf ihre konkreten geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin überprüft werden.
- Die Verwendung öffentlicher Gelder soll regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie den Vertretern eines Geschlechts mehr nützen als dem anderen.
- Ein Engagement von sowohl Vätern als auch Müttern bei der Kindererziehung ist nur bei verlässlicher Planung, also verlässlichen Betreuungszeiten möglich.

## Transparenz

Für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den wichtigen Entscheidungen in Bad Soden ist eine transparente Politik unabdingbare Voraussetzung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in allen Stadtteilen seitens der Verwaltung **kontinuierlich über künftige Planungen berichtet** wird. Diese Berichte sind aber nur nachvollziehbar, wenn man als BürgerIn vorher und nachher genügend Informationen erhält. Das Handeln der Stadtverwaltung und der Politik muss transparent sein.

Auch um Korruption zu verhindern ist es wichtig, die Auftragsvergabe der Gemeinden und der städtischen Gesellschaften so transparent wie möglich zu gestalten.

Außerdem wollen wir eine verbindliche Verpflichtungserklärung von Auftragnehmern gegen Korruption einführen (sog. „Integritätspakt“), wie sie von [Transparency Int. Deutschland](#) entwickelt wurde.

